1.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland

Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren

Zusammenfassung des Forschungsprojekts

Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe

in Ostdeutschland sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen

ZENTRALE ERGEBNISSE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Studie im Auftrag der

Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Verfasser

Danny Michelsen, Marika Przybilla-Voß und

Michael Lühmann unter Leitung von

Prof. Dr. Franz Walter

Göttinger Institut für Demokratieforschung

I) Vorbemerkungen

Im Frühjahr 2016 wurde das *Göttinger Institut für Demokratieforschung* von der *Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer* mit der Erstellung einer Regionalstudie beauftragt, in welcher der Frage nach spezifisch regionalbedingten Ursachen für die stärkere Verbreitung rechter politisch motivierter Kriminalität und fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremen Einstellungen in den neuen Bundesländern nachgegangen werden sollte. Ursächlich hierfür war der im Jahr 2015 beobachtete, besorgniserregende Anstieg rechts motivierter Gewalttaten in Deutschland: Waren im Jahr zuvor 990 solcher Delikte registriert worden, stieg die Zahl im Jahr 2015 auf 1.408 Gewalttaten an. Bei der regionalen Verteilung der Straftaten fiel auf, dass die neuen Bundesländer im Verhältnis zur Einwohnerzahl, aber auch in absoluten Zahlen herausstachen. Nicht nur auf der Verhaltensebene, sondern auch auf der Einstellungsebene gibt es, wie z.B. die Leipziger „Mitte-Studien“ seit Jahren demonstrieren, eine deutliche Ost-West-Divergenz hinsichtlich der Neigung zur Fremdenfeindlichkeit. Im aktuellen Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit wird auf diese Entwicklung nicht nur hingewiesen, sondern diese zunehmend als „eine große Gefahr für die gesellschaftliche, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder“ eingestuft. Um das Gefälle zu erklären und eine Basis für die weitere politische Bearbeitung dessen zu bekommen, erging der Auftrag, sich dem „ostdeutschen“ Phänomen ergänzend zu einer Vielzahl an Studien, die ebenso Eingang in die vorliegende Studie gefunden haben, erneut und in einer besonderen Tiefe anzunähern. Dabei lag von Anfang an ganz bewusst der Fokus auf etwaigen Besonderheiten der politischen Kultur in ausgewählten Regionen.

Dieser regionale Zugriff, der sich in der Aufgabenstellung „Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“ zu destillieren, niederschlug, hatte mehrere Gründe. Zum ersten ermöglichen Regionalstudien ein tieferes Eindringen ins Untersuchungsfeld, die im wissenschaftlichen Ansatz der Studie, regionale politische Kulturforschung zu betreiben, besonders deutlich zum Tragen kommen. Zum zweiten ermöglichte der regionale Zugriff die Auswahl von Untersuchungsregionen, in denen sich fremdenfeindliche und rechtsextrem motivierte Einstellungen und Handlungen in den vergangenen Jahren zweifelsfrei besonders deutlich manifestiert haben. Zum dritten aber verhindert ein regionaler Zugriff zugleich, vorschnell „ostdeutsche“ Erklärungsmuster zu generalisieren – der regionale Zugriff ermöglicht Erklärungsmuster zu destillieren, die sich der simplen Ost-West-Dichotomie entziehen. Denn die hier vorzustellenden Ergebnisse sind gerade nicht dazu geeignet, Ostdeutschland unter Generalverdacht zu stellen oder, umgekehrt, allen nicht untersuchten Regionen Absolution bezüglich der Fragestellung zu erteilen. Vielmehr können sie wiederum nur Ergänzung und Auftakt sein für weitere Forschungen, die zeigen können, inwieweit die

Ergebnisse mit zweifellos auch in den alten Bundesländern bestehenden regionalen Ballungen rechter Einstellungs- und Handlungsmuster kontrastiert oder in Bezug gesetzt werden können.

Wichtiger aber ist noch, dass die Ergebnisse der vorliegenden Studie kontrastiert werden können mit ostdeutschen Positiv-Beispielen, mit Regionen, in denen Lösungsansätze zum Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierten Übergriffen gefunden wurden, die sich von den von uns untersuchten Regionen deutlich unterscheiden. Denn so richtig es ist, dass die Nachwirkungen von DDR-Sozialisation und Transformation nach 1989 – oftmals verkürzt auf die sich bisweilen gegenüberstehenden Erklärungsmuster autoritäre DDR-Erziehung vs. Deprivationserfahrungen im Zuge der Transformation – sich in den ostdeutschen Einstellungsmustern in oftmals tiefen Spuren nachzeichnen lassen und diese einen gewichtigen Anteil daran haben, rechte Einstellungsmuster zu befördern, so falsch ist es, einen Automatismus zu unterstellen, der sich von einer DDR-Sozialisation und (negativer) Transformationserfahrung in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlicher Gewalt verlängern lässt. Wenn in der vorliegenden Studie dieser Konnex dennoch häufig betont wird, dann deshalb, weil er sich, befördert durch die politisch-kulturellen Bedingungen in den untersuchten Regionen, verwoben hat zu einem Deutungsmuster, in dem wenig Platz scheint für jene Entwicklungsprozesse, die in anderen ostdeutschen Regionen rechte Deutungsmuster stärker in die Defensive gedrängt haben. Die vorliegende Studie zu „Ursachen und Hintergründen für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“ ist somit alles andere als ein weiterer Deutungsversuch, warum *die* Ostdeutschen angeblich besonders fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellt sind, sondern sie kann nur der erste, die besonders problematischen Regionen beschreibende Teil sein, dem weitere folgen müssen. Dabei kann und soll es nicht um die Stigmatisierung der Untersuchungsregionen gehen, schließlich trafen wir in allen Untersuchungsregionen auch auf engagierte Personen, die den Zustand vor Ort nicht hinnehmen wollen und deren Arbeit allzu oft übersehen wird, sondern im besten Sinne um politisch-historische Aufklärung und Einordnung, die am Anfang eines Prozesses stehen muss, an dessen Ende das Reden von einer ostdeutschen Schlagseite zum Rechtsextremismus hin keine Grundlage mehr hat.

II) Untersuchungsregionen und Untersuchungsmethode

Wir entschieden uns zum einen für eine Untersuchungsregion, die durch asylfeindliche Proteste im Jahr 2015 aufgefallen war: die Metropolregion Dresden, konkret: die Städte Freital und Heidenau. Als zweite Region wählten wir zum anderen die Stadt Erfurt, wobei unser Schwerpunkt auf dem Stadtteil Herrenberg lag, der seit Längerem für seine starke rechtsextreme Szene bekannt ist. Beide Untersuchungsregionen werden inzwischen wegen der deutlich signifikant höheren Straftatendichte bzw. wegen einer sich stark verdichtenden und zugleich ausbreitenden rechtsextremen Szene vor Ort auch von den Sicherheitsbehörden als Brennpunkte von politisch motivierter Kriminalität, sogenannten PMK-Delikten, geführt. Insbesondere die asylfeindlichen Proteste in sächsischen Gemeinden wie Freital, Clausnitz, Heidenau, Bautzen oder der weitgehend regional begrenzte Erfolg der islamfeindlichen PEGIDA-Demonstrationen haben gezeigt, dass es in dieser Region ein besonderes Problem mit Rechtsextremismus gibt, zumal der Freistaat Sachsen auch bei den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte die höchste Falldichte aufweist. Aber es wäre verfehlt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindliche Übergriffe als ein primär ostdeutsches oder gar vor allem sächsisches Problem zu verorten: Neben einigen schwer zu entkräftenden statistischen Signifikanzen zeigt der vorliegende Abschlussbericht, dass es neben spezifisch ostdeutschen Ursachen auch bedeutsame regionale Spezifika zu beachten gilt, die erst in der Summe ein Klima schaffen, in dem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gedeihen können.

Dies galt und gilt nach wie vor in besonderem Maße für Freital, Heidenau und den Erfurter Stadtteil Herrenberg. Insgesamt haben wir, nachdem wir in einem ersten Literaturbericht den Forschungsstand zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlichen Übergriffen in Ostdeutschland erstellt und anhand dessen unsere Untersuchungsmethoden und –fragen eingeordnet und festgelegt haben, in diesen Regionen im Zeitraum Mai 2016 bis Dezember 2016 knapp vierzig Einzelinterviews mit Personen vor Ort durchgeführt, vornehmlich mit BeobachterInnen und AkteurInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Ergänzt wurden diese Gespräche durch mehrere Fokusgruppen und weitere Gespräche mit BewohnerInnen vor Ort. Methodisch stützen wir uns dabei zum einen auf leitfadengestützte ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews, zum anderen aber auch auf teilnehmende Beobachtung sowie Dokumenten- und Materialanalysen. Im Anschluss daran wurden die erhobenen Daten analysiert und interpretiert sowie in den aktuellen Forschungsstand eingebettet. Hierbei wurde das Vorgehen vor allem durch die Frage nach den historischen, regionalen, kommunalen sowie sozialen Kontexten rechten Denkens und Rechtsextremismus angeleitet; zudem bestand stets die Rückbindung an die jeweiligen Regionen und deren regionale Besonderheiten.

III) Zentrale Ergebnisse

1. Lokalpolitik und Lokalgesellschaft als zu untersuchende Verstärker autoritärer Dispositionen

Das *erste*, zugleich zentrale Ergebnis der Studie ist, dass bei der Betrachtung und Analyse von Ursachen sowie Hintergründen und Kontextfaktoren von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierten Übergriffen, auch in Anschluss an jüngste Forschungen, die Einbeziehung sowohl der Sozialisation als auch Situation der jeweiligen Region, Stadt oder gar Viertel unerlässlich ist. Anders als manche Studien zum Rechtsextremismus insbesondere in Ostdeutschland nahelegen, hilft der Zugriff rein über gesamtgesellschaftliche Phänomene oder rein auf der Individualebene nicht, das gesamte Ursachenbündel für das gehäufte Auftreten rechtsextremer oder fremdenfeindlicher Manifestationen zu erklären. Zu sehr divergieren Intensität und Breite rechter Manifestationen bereits in Ostdeutschland, als dass ein generalisierendes konfliktbehaftetes Ursachenbündel zu identifizieren wäre, welches das Phänomen eines rechten Überhangs im Osten – mit einer starken Bandbreite – erklären könnte. Vielmehr scheint es so, dass zweifellos bestehende Dispositionen zu autoritärem und rechtem Denken in Ostdeutschland erst in und durch die politische Kultur vor Ort eruptiv eskalieren, unterschwellig wirken oder aber aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, ganz offen bekämpft und damit auf lange Sicht kollektiv be- und verarbeitet werden.

Festzustellen ist eine unglückliche Verquickung von Dispositionen, von historischer Belastung im Umgang mit dem Fremden und auch, aber nicht nur, historisch vorbelasteten, negativ konnotierten bis gar nicht vorhandenen Einstellungen zu Staat und Politik – in Verbindung mit einer dies befördernden politischen Kultur. Dies soll im Folgenden an sicher herausstechenden Untersuchungsorten beschrieben werden. Ziel ist dabei nicht, einzelne Regionen zu stigmatisieren, sondern mithilfe wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse aufzuzeigen, welche historischen und welche zeitgenössischen Ursachen zu einer höheren Affinität zu rechtsextremen und fremdenfeindlichen Denken und Handeln führen *können* und welche (kommunal/landes-)politischen, welche (lokal-)gesellschaftlichen Stellschrauben dies, wenn nicht verstärken so doch auch nicht so recht abzuschwächen vermögen.

Ziel einer solchen Ergebnisauflistung kann am Ende, und auch hierauf wird es einen Ausblick geben, nur sein, das Wissen um bekannte wie auch „verschüttete“ Ursachen und deren teilweise Nichtbearbeitung durch Politik und Gesellschaft in den Untersuchungsregionen offenzulegen und in einem weiteren Schritt mit noch näher zu erforschenden ostdeutschen Positivbeispielen zu kontrastieren und damit einen Beitrag zu leisten, ein sicherlich in Ostdeutschland bestehendes, exzeptionelles Problem auch in Ostdeutschland zu lösen und Wege aufzuzeigen, wie lokale Politik und Gesellschaft am Ende doch weitgehend wehrhaft gemacht werden können gegen die rechtsextreme und fremdenfeindliche Herausforderung vor Ort.

2. Die Schattenseiten einer harmonisch-reinen Ordnung als ostdeutschem Identitätsanker

Rechtsextremes Denken haben wir, im Anschluss auch an gängige Deutungsmuster, als ein auf der Abwertung von – insbesondere ethnischen und sexuellen – Minderheiten und der Glorifizierung autoritärer Ordnungen basierendes „rigides Denken“ beschrieben, das von einem überhöhten Bedürfnis nach Harmonie, „Reinheit“ und Ordnung geleitet ist. Dabei ist der Wunsch nach einer kollektiven, möglichst positiven und moralisch reinen Identität so stark, dass dieser zu einer Verklärung und mangelnden Reflexion der eigenen Situation und Sozialisation führt. Ein solch rigides Denken offenbart sich nicht nur in den Untersuchungsregionen besonders deutlich im Zusammenhang mit einer selektiven Erinnerungskultur, sowohl in Bezug auf den Nationalismus in der DDR als auch mit Blick auf den Rechtsextremismus der Vor- und Nach-Wende-Zeit. Wenn auf dem Herrenberg ein Lokalpolitiker behauptet, zu DDR-Zeiten habe es keine faschistischen Umtriebe gegeben, wenn sich in Freital niemand an die pogromartigen Angriffe auf das lokale GastarbeiterInnenwohnheim des Jahres 1991 erinnern kann oder will, wenn wir in unseren Fokusgruppen eine starke Neigung beobachtet haben, die Migrationspolitik der DDR zu verklären und politische Enttäuschungen allein in die Jahre nach 1989 zu verlagern, wenn wir im Raum Dresden eine Erinnerungskultur finden, die den eigenen Opferstatus mythologisch überhöht und die langfristigen braunen Spuren der Stadtgeschichte kaum memoriert, so ist dies mutmaßlich Ausdruck einer selektiven Auseinandersetzung mit der Historie.

Dass Misstrauen und Neid gegenüber dem Anderen, Fremden bis hin zu fremdenfeindlichen Übergriffen oder systematischer staatlicher Diskriminierung auch schon in der DDR wirksam war, während rassistische Übergriffe verschwiegen oder verharmlost wurden, dass die letzten Kinder der DDR sich zunehmend vom antifaschistischen Gründungsmythos lösten, der in gewisser Weise von Anbeginn auch ein loyalitätseinfordernder Ablassbrief war, dass die DDR sich sehr stark auch ethnisch definierte und ein emanzipatorisch-liberaler Aufbruch wie in der Bundesrepublik der sechziger, siebziger und achtziger Jahre stärker marginalisiert und dessen Zulassen staatlichen Launen unterlegen war, all das spielt in der Erinnerung an die DDR faktisch keine Rolle. Stattdessen wird die DDR gerade in diesen Bereichen überhöht, die Erinnerung harmonisiert, weshalb Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – in der Zuspitzung nach 1989 auch mit einiger Berechtigung – per se als ein Kind der Transformation betrachtet werden sollte und somit die langfristigen Ursprünge in der DDR einer politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung weitgehend entzogen sind.

Auch Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit, etwa in Bezug auf die Hoffnungen, die mit der deutschen Einheit verbunden waren, werden vielfach allein auf die wahrgenommenen Enttäuschungen reduziert, nicht aber mit womöglich überzogenen Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der wiedervereinten Bundesrepublik kontrastiert. Erwartungen – und dies ist eine schwerwiegende Bürde, die im Verständnis ostdeutscher Mentalität viel zu wenig präsent ist –, die im Anschluss an den unter Honecker enggeführten konsumistischen Legitimationsersatz des bescheidenen Wohlstands-versprechens der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weniger das politische als das ökonomische

Leistungsvermögen adressiert haben. Hieran schließt sich auch die anfängliche, mentale wie elektorale Zustimmung zur Leistungsorientierung an, die dann umso stärker ins Kippen geriet. Wir haben dies als ein Symptom *rigiden Denkens* interpretiert, das nicht zuletzt darauf zielt, dissonante Ereignisse und Erklärungen auszublenden. Das vor allem in Sachsen spürbare Bedürfnis nach einer kollektiven Identifikation mit einer möglichst positiven, moralisch „sauberen" regionalen Identität kann diese Ausblendungsreflexe verstärken. Deshalb werden Gruppen, die, wie am Jahrestag der Ausschreitungen von Heidenau, auf Probleme mit Rechtsextremismus aufmerksam machen wollen, zum Teil selbst von KommunalpolitikerInnen der linken Oppositionsparteien als „NestbeschmutzerInnen" abgetan. In diesem Punkt haben wir aber große Unterschiede nicht nur zwischen dem urbanen Erfurt und dem mittel- bzw. kleinstädtischen politischen Milieu Freitals und Heidenaus, sondern auch zwischen der Politik des Erfurter Stadtrates und der Kommunalpolitik auf dem Herrenberg festgestellt. Im Erfurter Zentrum besteht ein starkes, überparteiliches Bündnis, das gegen jede rechtsextreme Veranstaltung mobilisiert, während solche Bündnisse in den von uns untersuchten peripheren Regionen fehlen. Wenn daher, wie in Heidenau, die EinwohnerInnen den Demonstrationen der Antifa-AktivistInnen mit Ablehnung begegnen, so ist zu vermuten, dass sich diese Antipathie nicht nur aus der diffusen Wut über „linke KrawallmacherInnen" speist, sondern sich auch daraus schöpft, dass hier jemand von außen kommt, der ihnen sagt, wie sie sich zu verhalten haben, was wiederum die Phantasien von der Fremdbestimmung durch die Anderen – die Linken, insbesondere die linken Medien, und den Westen – zusätzlich anregt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil insbesondere in Sachsen eine spezifische, von den dortigen Vertretern der CDU dominierte politische Kultur wirkt, die das Eigene überhöht und Abwehrreflexe gegen das Fremde, Andere, Äußere kultiviert.

3. Die Tiefenwirkung lang andauernder sozialstruktureller Defizite

Diese erinnerungspolitische Diagnose, die nicht zuletzt auf einem Mangel politischer Bildung basieren mag, darf zugleich nicht über die sozialstrukturellen Ursachen hinwegtäuschen. An allen drei untersuchten Orten haben wir Hinweise auf eine nach wie vor sehr weit verbreitete *fraternale relative Deprivation*[1] gefunden, die gewissermaßen multidimensionale Züge annimmt: Man fühlt sich nicht nur als BewohnerInnen soziokulturell peripherer (gegenüber urbanen) Räume benachteiligt und als BewohnerInnen rechtsextremer Hochburgen „gebrandmarkt"; dieses Gefühl der kollektiven Benachteiligung gilt gerade auch für die Identität als Ostdeutsche (gegenüber Westdeutschen) und weiter für die Identität als Deutsche (gegenüber den vermeintlich privilegierten MigrantInnen). Unsere Befragten haben das Gefühl, dass die (als überheblich wahrgenommenen) BewohnerInnen der alten Bundesländer sie noch immer geringschätzen; vor allem aber sind sie darüber verärgert, dass westdeutsche JournalistInnen und PolitikerInnen den Eindruck erwecken, Rechtsextremismus sei in den

[1] fraternale relative Deprivation beschreibt, grob umrissen, das Gefühl der Benachteiligung, dass jemand als Mitglied einer Gruppe im Vergleich mit anderen Gruppen empfindet, die, so legen es Studien (etwa von Zick/Krause/Küpper 2015; Küpper/Zick 2011) nahe, für die Ausbildung fremdenfeindlicher Ressentiments bedeutsamer ist. Die Literaturnachweise und eine Einordnung findet sich in der Langfassung des Berichts.

neuen Ländern, damit in „ihrer“ Region, weiter verbreitet als in den alten Bundesländern. Dieser Identitätskonflikt wirkt sich wiederum negativ auf die ohnehin defizitäre Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aus: Die empfundene Benachteiligung gegenüber dem Westen und die als anmaßend empfundenen Äußerungen von BundespolitikerInnen und Medien, dass insbesondere Sachsen ein Problem mit Fremdenfeindlichkeit habe, verstärken noch das Bedürfnis, die eigene regionale oder ostdeutsche Identität zu romantisieren und auf diesem Wege das Problem der Fremdenfeindlichkeit entweder auszublenden oder, wie im Falle der Selbstdarstellung vieler Sachsen als „fischelant“[2], zu heroisieren, als Ausdruck einer genuin sächsischen Widerständigkeit und Streitlust zu deuten. Dieses Gefühl wird zudem durch einen sächsischen Exzeptionalismus, der das Eigene auch gegenüber anderen ostdeutschen Regionen überhöht, intensiviert.

Die Überhöhung des Eigenen, Sächsischen, Ostdeutschen, Deutschen in Bezug auf die krisenhaft wahrgenommene Aufnahme von Flüchtenden, aber auch auf MigrantInnen im Allgemeinen, hat in all unseren Fokusgruppeninterviews eine wichtige Rolle gespielt. In sämtlichen Gesprächen sind wir auf eine latente Fremdenfeindlichkeit gestoßen, die sich vor allem auf Muslime und Muslimas fokussiert. Dabei stand bei den von uns Befragten ein ganzes Bündel aus Ängsten und Bedenken im Vordergrund. Zum einen grassieren vielfältige Sicherheitsvorbehalte: Vor allem junge, männliche Flüchtlinge werden als unberechenbar und gefährlich wahrgenommen. Diese Angst mag sich zwar als statistisch unbegründet zurückweisen lassen, aber auch die von uns befragten KommunalpolitikerInnen kritisieren, dass die Einsparungen beim Polizeipersonal, generell bei der öffentlichen Infrastruktur, nicht eben dazu beigetragen hätten, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erhöhen. Diese Kritik ist ernst zu nehmen, wenngleich mehr Polizei nicht automatisch dazu beitragen dürfte, fremdenfeindliche Dispositionen zu reduzieren. Insbesondere die soziökonomisch schwächer gestellten FokusgruppenteilnehmerInnen äußern sich außerdem verärgert darüber, dass das für öffentliche Einrichtungen und soziale Projekte benötigte Geld, das in den vergangenen Jahren stets als „nicht verfügbar“ gegolten habe, nun für AusländerInnen ausgegeben würde, die nichts zur Erwirtschaftung dieser Gelder beigetragen hätten.

4. Homogene Gesellschaften als Produzenten von Etabliertenvorrechten?

In den untersuchten Regionen ist die Betonung sogenannter Etabliertenvorrechte deutlich ausgeprägt. Auffällig ist, dass bei diesem Gefühl fraternaler Deprivation – AusländerInnen werden bei der Güterverteilung gegenüber „uns“ privilegiert – die Bezugsgruppe, das „Wir“, fast nie „Wir sozial Benachteiligte“, sondern „Wir Deutsche“ sind. Diese, ethnisch aufgeladene, Betonung sogenannter Etabliertenvorrechte fiel in beiden der untersuchten Regionen auf, wurde in Sachsen jedoch deutlicher und von einer breiteren Masse artikuliert. Nun sind derartige wohlfahrtschauvinistische Ressentiments

[2] Mit dieser sächsischen Eindeutschung des französischen *vigilant* bringen bspw. AnhängerInnen von Pegida gerne zum Ausdruck, dass es einen spezifisch sächsischen Geist des Widerstands, des Freidenkertums, eben der „Wachsamkeit“ gegenüber (so wahrgenommener) staatlicher Willkür gebe.

keineswegs ein lediglich ostdeutsches Phänomen. Allerdings bieten die Sozialisationserfahrungen vieler ostdeutscher BürgerInnen kaum Anlass, dem beschriebenen Deprivationskomplex entgegenzuwirken. Während z.B. in der alten Bundesrepublik viele Kinder aus ArbeiterInnenfamilien zusammen mit den Kindern von GastarbeiterInnen aufwuchsen und dabei feststellen konnten, dass MigrantInnen keineswegs stets privilegierte „SozialschmarotzerInnen“ sind, gibt es aufgrund der ethnischen Homogenität in Ostdeutschland v.a. außerhalb der Großstädte einen Mangel an derartigen Schlüsselerlebnissen, die den Abbau von Ressentiments sehr viel wirksamer befördern als es der Sozialkundeunterricht oder politische Erwachsenenbildung jemals könnten. Hinzu kommt, hierauf weisen zahlreiche historische Forschungen hin, dass jenes auf Etabliertenvorrechte abzielende Gefühl der fraternalen Deprivation seine Ursprünge bereits in der DDR hat, in der das Monitum gegenüber knappe Güter konsumierenden GastarbeiterInnen zur Grundausstattung der halböffentlich stattfindenden Debatte über die Konkurrenz zwischen homogener ostdeutscher Mehrheitsgesellschaft und den wenigen GastarbeiterInnen im Land gehörte.

5. Sozialisation innerhalb der *geschlossenen Gesellschaft* als Ursache verstärkter Fremdenfeindlichkeit?

Die Sozialisation in einer buchstäblich geschlossenen Gesellschaft wie der DDR kann, bei aller Umstrittenheit des Begriffs, als ein Faktor für die Erklärung nicht nur des höheren Maßes an Fremdenfeindlichkeit, sondern auch der größeren Verbreitung autoritärer Einstellungsmuster in Ostdeutschland nicht stark genug betont werden: Ethnozentrische Weltbilder, die von der modernen extremen Rechten – momentan besonders prononciert von der Identitären Bewegung – vertreten werden, sind auch deshalb vor allem bei den älteren Befragten weit verbreitet, weil die Migrationspolitik der DDR, die von ihnen als sehr positiv bewertet wird, auf genau solchen ethnozentrischen Prinzipien basierte: Völkerfreundschaft ja, aber alle MigrantInnen sind als Gäste (mit begrenztem Aufenthaltsstatus) zu betrachten; eine Heterogenisierung der Gesellschaft sollte und wurde realiter weitgehend durch eine Reihe von Verboten verhindert. Wichtiger im Hinblick auf die gegenwärtige Verbreitung der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland sind freilich die Folgen dieser Abschottungspolitik: Die tradierte ethnische Homogenität insbesondere außerhalb urbaner Zentren wie Dresden oder Erfurt führt zu einem Mangel an Kontakten zu MigrantInnen, die somit weiterhin einseitig als TrägerInnen des angstvoll besetzten Anderen erscheinen. Die wenigen bestehenden Kontakte vor 1989, etwa im Betrieb oder Kombinat, endeten indes vielfach mit der Deindustrialisierung der DDR. Der direkte Kontakt ging aufgrund streng separierter Lebens- und Wohnwelten verloren, während die gefühlte Konkurrenz im industriellen Abwärtsstrudel der ostdeutschen Transformation zunahm – zugespitzt: Das sozialistische (Zwangs-)Kollektiv verwandelte sich in eine entkollektivierte, kapitalistische Konkurrenzsituation, die durch einen Mangel an Begegnung noch verstärkt wurde. In der durch persönliche Kontakte vermittelten Erkenntnis, dass der/die Andere so anders gar nicht ist, aber liegt gerade ein Schlüssel für das, was Richard Rorty moralischen Fortschritt nennt. Dieser Fortschritt verläuft in Orten wie Freital oder Heidenau relativ langsam, auch weil es heute kaum Anreize für

MigrantInnen gibt, sich in diesen Regionen niederzulassen. Gleichwohl ist ethnische Heterogenität, gerade dort, wo sie nie erlernt wurde, kein Allheilmittel gegen die Ausbreitung von Fremdenfeindlichkeit: Wo, wie auf dem Herrenberg, sozial benachteiligte *Natives* und MigrantInnen unter prekären Bedingungen zusammenleben sollen, können sich die ethnischen Spannungen sogar noch verstärken.

6. *Entpolitisierung* als Bremsschuh demokratischer Entwicklung

Im Rahmen der Studie haben wir die Vokabel der „Entpolitisierung" als einen Oberbegriff für eine ganze Reihe von Phänomenen verwendet, die, jeweils für sich betrachtet, nicht unbedingt mit Autoritarismus gleichgesetzt werden können, die aber die (seit 1990 zweifellos vorangeschrittene) Transformation Ostdeutschlands von einer autoritären, antipluralistischen zu einer demokratischen politischen Kultur erschweren. Im Zusammenhang mit der mangelnden Wertschätzung des Demokratisierungsprozesses werden meist auch die fragilen zivilgesellschaftlichen Strukturen gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands hervorgehoben. In vielen Kommunen sind hier die Kirchengemeinden mit ihren wenigen Gläubigen die einzigen AkteurInnen, die sich dem Rechtsextremismus entgegenstellen – die von vielen Ostdeutschen nach 1989/90 bewusst forcierte Distanz zu anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, Gewerkschaften, Parteien, Verbände etc., als Gegenreaktion auf die Zwangskollektivierung im sozialistischen Alltag, hat intermediäre Strukturen jenseits der schwachen Kirchen auf Jahrzehnte marginalisiert. Anders gesagt: Hatte die ostdeutsche Gesellschaft bis 1989 als eine „durchherrschte Gesellschaft", in der Staat und Politik im Betrieb, im Kindergarten, in der Schule, in der Freizeit, in nahezu allen intermediären Strukturen präsent waren, gegolten, so zogen sich Staat und Politik nach '89 aus dem Leben der Menschen zurück. Die von ArbeiterInnen geprägte Gesellschaft zerstob und ließ dort, wo ein politischer Tageszyklus aus politisierter Hausgemeinschaft, politisiertem betrieblichen Kollektiv, FDGB, DSF und GST sowohl den Herrschafts- als auch Lebensalltag bestimmt hatte, atomisierte Individuen zurück. Diese erlebten Politik fortan als entferntes, von Westdeutschland importiertes Spektakel, das sich – im Vergleich zur Propaganda der SED, aber auch im Vergleich zu der Erwartungshaltung an blühende Landschaften und gleiche Lebensbedingungen – so wenig, dabei regional sehr unterschiedlich ausgeprägt, für ostdeutsche Lebensrealitäten zu interessieren schien.

Entpolitisierung äußert sich dabei auf sehr verschiedene Weise: in etatistischen Vorstellungen von Beteiligung[3], die das Denken vieler ostdeutscher BürgerInnen nach wie vor prägt; dem Unverständnis für eine Parteienvielfalt, welche die Identität von Volk und Staat vermeintlich untergräbt; in einer, aus der durchherrschten DDR-Gesellschaft tradierten, ambivalenten Haltung gegenüber einem zu sehr oder zu wenig fürsorglichen Staat, der zeitgleich mal als zu dirigistisch, mal als zu weit entfernt wahrgenommen wird; Stadtverwaltungen, die aus Sorge um Ruhe und Ordnung politische

[3] Gemeint ist hier die, vielfach geäußerte – und damit eigenes Engagement zurücknehmende, die Zivilgesellschaft, die Bürgerschaft aus der Rolle des Initiators herausnehmende – Erwartungshaltung, der Staat habe Vorschläge zur Lösung nahezu sämtlicher Probleme zu liefern, denen man dann zustimmen kann oder nicht.

Auseinandersetzungen um die Integration von AusländerInnen und den Umgang mit Fremdenfeindlichkeit unterdrücken und auf diese Weise dafür sorgen können, dass sich diese Konflikte auf der Straße umso gewaltsamer entladen. In Freital haben wir ein besonders ernüchterndes Beispiel für eine Stadtverwaltung gesehen, die jegliche konflikthaften Auseinandersetzungen von vornherein abzuwehren versucht und Interventionen „von außen“ grundsätzlich mit Argwohn begegnet. In Heidenau haben wir das genaue Gegenteil erlebt: einen engagierten Bürgermeister, der dem fremdenfeindlichen Mob mit klaren Worten entgegentritt und sich nicht scheut, die Bundespolitik um Hilfe zu bitten. Auch wenn es banal klingen mag: Hier kann man sehr gut studieren, wie sehr es im Kampf gegen Rechtsextremismus auf das Verhalten von VertreterInnen der lokalen politischen Elite ankommt. Nicht zuletzt der Blick in andere ostdeutsche Kommunen wie etwa Jena oder Leipzig zeigt, dass die Haltung der lokalen politischen Elite, bei allen Klagen über den Bedeutungsverlust von Parteien und PolitikerInnen, eine entscheidende Rolle bezüglich des öffentlichen Umgangs mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Manifestationen spielt. Kurz, das beschriebene Problem mag ein vornehmlich ostdeutsches sein, die Lösung aber liegt vor Ort und ist nicht unbedingt durch einen „problematischen ostdeutschen Überhang“ verstellt. Viele JournalistInnen und VertreterInnen der lokalen Opposition kritisierten die Zurückhaltung der Freitaler Stadtregierung deshalb nicht zu Unrecht scharf und führten sie z.T. auf deren Furcht vor rechten Übergriffen zurück. Aber diese Erklärung greift unseres Erachtens nicht weit genug.

7. Offizielles und individuelles Unbehagen am „dem Politischen“

In Ostdeutschland, insbesondere in Sachsen, herrscht in vielen öffentlichen Einrichtungen – nicht nur in den Rathäusern, sondern auch in den Schulen oder bis hin zu den Gerichten – ein großes Unbehagen am Politischen, das u.a. auf die Erfahrungen mit der Staatspolitisierung der auf Parteilinie getrimmten DDR-Institutionen zurückzuführen ist. Zweifellos gibt es gerade in der Verwaltung und in der Schule gute Gründe für ein solches Unbehagen am Politischen, da hier immer ein Konflikt besteht zwischen dem Neutralitätsgebot, dem alle staatlichen Institutionen verpflichtet sind, damit eine unparteiische Gleichbehandlung jedes Einzelnen gewährleistet werden kann, und dem Auftrag dieser Einrichtungen, Foren für den öffentlichen Diskurs bereitzustellen bzw. (im Falle der Schulen) an der Erziehung junger Menschen zu verantwortungsbewussten StaatsbürgerInnen mitzuwirken. In der Tat: Auf die Erfüllung dieser letztgenannten Aufgabe war auch das Schulsystem der DDR ausgerichtet; jedoch stand hier die Vermittlung von Dogmen, nicht die Erziehung zur „Kontingenztoleranz“ im Vordergrund, die darauf zielt, rigides Denken zu bekämpfen. In der alten Bundesrepublik war die Politisierung der öffentlichen Einrichtungen ein langwieriger Prozess, der maßgeblich in den sechziger Jahren angestoßen und in den bewegten siebziger Jahren seinen vorläufigen Höhepunkt erlebt haben dürfte – eine (linksliberale, ökologische, friedensbewegte etc.) Entwicklung, die in der DDR außerhalb spezifischer, vor allem protestantisch-bildungsbürgerlicher Milieus in den Umfeldern der evangelischen Pfarrhäuser praktisch nicht stattgefunden hat. Es bleibt abzuwarten, ob der sich derzeit vollziehende Generationenwechsel in

den neuen Bundesländern ähnliche Auswirkungen haben wird – die geringen elektoralen Erfolge des Rechtspopulismus etwa bei ErstwählerInnen können ein Indiz hierfür sein, ebenso die vor allem von jungen Menschen getragenen Initiativen gegen rechte Manifestationen.

8. Lokale Unterschiede

Neben den bislang beschriebenen Ursachen, deren Einfluss wir an unseren beiden Untersuchungsorten registrieren konnten, konnten wir allerdings auch für diese Orte spezifische Kontextfaktoren identifizieren, die teilweise durch die geographische Lage und das Sozialprofil, die spezifische regionale bzw. lokale politische Kultur, teilweise aber auch durch die unterschiedlichen Arten des Umgangs mit Rechtsextremismus in der jeweiligen Region bedingt sein dürften.

Insgesamt stellt sich das Problembewusstsein der Erfurter Bevölkerung sowie der lokalen politischen Eliten im Stadtteil Herrenberg (wenn auch nicht der durchschnittlichen BewohnerInnen des Herrenbergs) als sehr viel ausgeprägter dar als im Dresdner Umland, das wir exemplarisch anhand der Städte Freital und Heidenau untersucht haben. Eine Infantilisierung der TäterInnen oder Relativierung der Taten und politischen Einstellungen ist in Erfurt im Vergleich zu Sachsen kaum vorhanden. Die in der Sekundärliteratur vielfach kritisierte Neigung der sächsischen Behörden, eine allzu verengte Perspektive hinsichtlich der Definition dessen, was als rechtsextrem gilt, einzunehmen, und die im Zusammenhang mit der Debatte um „Angsträume“ in Ostdeutschland häufig geäußerte Diagnose, dass vor allem in Sachsen vielerorts zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen Rechtsextremismus durch die gezielte Einschüchterung ehrenamtlich Engagierter seitens der rechten Szene wesentlich erschwert wird, haben wir vor allem in Freital bestätigt gefunden. Im Erfurter Stadtrat hat sich indes ein breites Bündnis gegen Rechtsextremismus herausgebildet; bei Aktionstagen und Gegendemonstrationen sind die VertreterInnen aller Parteien, mit Ausnahme der AfD und NPD sowie einigen VertreterInnen der CDU, regelmäßig präsent. Freilich hinkt dieser Vergleich etwas: Erfurt ist eine Universitätsstadt, dazu noch eine Landeshauptstadt mit über 200.000 Einwohnern und einem reichen Kulturleben – dass sich hier eine (im Vergleich zum politischen Milieu der 40.000-Einwohner-Stadt Freital) lebendigere Zivilgesellschaft gebildet hat, die, wie man weiß, zum größten Teil von einem akademisch-kosmopolitischen Milieu getragen wird, ist keine Überraschung. An dieser Stelle bestätigt sich eine Vermutung, die wir am Anfang des Berichts formuliert haben: *RECHTSEXTREMISMUS IST NICHT AUSSCHLIEßLICH EIN OST-WEST-PROBLEM, SONDERN AUCH EIN ZENTRUM-PERIPHERIE-PROBLEM, DAS BEFÖRDERT WERDEN KANN DURCH SPEZIFISCHE REGIONALE FAKTOREN, DIE IN OSTDEUTSCHLAND STÄRKER AUSGEPRÄGT SIND.*

Es sind schließlich auch strukturschwache ehemalige Industriestädte wie Freital und Heidenau, die die eingangs beschriebenen sozioökonomischen Probleme, etwa den *brain drain* mit besonderer Härte zu spüren bekommen, von der Erfurt insgesamt nicht unmittelbar betroffen ist. Gleichwohl besitzt das ökonomisch und strukturell gut gestellte Dresden, wie ausführlich beschrieben, auch eine selbst im Osten der Bundesrepublik herausstechende rechtsextreme und fremdenfeindliche Ereignisgeschichte.

Auf dem Stadtteil Herrenberg jedoch, der einen peripheren Raum am Rande des Zentrums Erfurt mit vielen sozialen Problemen bildet, verhält es sich freilich anders. Der Integrationsfaktor Bildung wirkt hier nicht. Im Gegenteil: Wer hier lebt, hat das Versprechen ‚Erfolg durch Bildung' im Laufe seines Lebens in aller Regel als Bedrohung empfunden. Stadtteile wie den Herrenberg gibt es in allen größeren und kleineren Städten Ostdeutschlands: In den 1970er/80er Jahren künstlich errichtete Wohnsiedlungen, die durch eilig hochgezogene Plattenbauten geprägt sind. Kurz nach der Wende, in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, waren genau diese einstigen Vorzeige- und alsdann vielfach stigmatisierten Viertel Schauplätze rechtsextremer Gewaltausbrüche. Obwohl der Herrenberg vom Stadtzentrum aus schnell zu erreichen ist, offenbart sich dem/der BesucherIn hier eine ganz andere Welt, die von aufgestauten Aggressionen gegen die Anderen infolge der in der Nach-Wende-Zeit erlebten Demütigungen und des Mangels an Anerkennung geprägt ist. Der Herrenberg profitiert nicht von den zivilgesellschaftlichen Widerständen des Erfurter Bürgertums, auch weil letzteres sich nicht wirklich für die Vorgänge auf dem Herrenberg interessiert. Ganz anders die rechte bzw. rechtsextreme Szene, die bereits auf der Stufe „Normalitätsgewinne" angelangt ist: „Die Volksgemeinschaft" fällt längst nicht mehr durch „Provokationsgewinne" – Demonstrationen oder sonstige „große Aktionen" – auf, sondern ist fest in das Stadtviertel integriert, weshalb die Erfurter Zivilgesellschaft, die daran gewöhnt ist, die rechte Szene auf der Straße in Form von Gegendemonstrationen direkt zu konfrontieren, welche die langfristige Kärrnerarbeit von SozialarbeiterInnen in Problemvierteln wie dem Herrenberg nicht ersetzen können, auch kaum wüsste, was sie derartigen Bewegungsstrukturen entgegensetzen könnte und sollte.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass wir an den untersuchten Orten (unabhängig von den fremdenfeindlichen Einstellungsmustern der Durchschnittsbevölkerung, die wir zu analysieren versucht haben) jeweils ganz verschiedene Formen von rechtsextremem Verhalten bzw. von rechtsextremen Bewegungsstrukturen vorgefunden haben: Auf dem Herrenberg haben wir es geradezu mit einer rechtsextremen Vereinsstruktur samt einer Art festem „Vereinshaus" zu tun – mit einer rechtsextremen „Erlebniswelt", die vor allem Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien anzieht und somit auf die Bevölkerung zurückwirkt, die über die Zeit einen politischen Einstellungswandel vollzieht. Denn gerade hier vor Ort nehmen die VertreterInnen der rechten Szene eine Position auf vorpolitischer Ebene ein, um mit den VertreterInnen anderer politischer Couleur nicht in Konkurrenz zu treten. Ob es in Freital und Heidenau eine solche rechtsextreme „Erlebniswelt" gibt, die an eindeutig identifizierbaren Orten völkische Parallelwelten bzw. Gegen-Öffentlichkeiten erzeugt, ist hingegen sehr fraglich. Wenngleich wir – entgegen den Einschätzungen nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch regionaler AkteurInnen der Präventionsarbeit – bei unseren Besuchen in Freital durchaus Hinweise auf jugendlich geprägte rechtsextreme Subkulturen gefunden haben, scheint es sich hierbei nur um lose Netzwerke ohne organisatorisches Zentrum zu handeln. Dies trifft auch auf die sogenannte Bürgerwehr Freital zu, die im Jahr 2015 mutmaßlich diverse Anschläge auf Flüchtende und KommunalpolitikerInnen begangen hat.

9. Misstrauen gegenüber dem „Westen“ und spezifischer Antiamerikanismus

Auffällig ist, dass antiamerikanische Ressentiments sowie das oben bereits angesprochene Misstrauen gegenüber „dem Westen“ in der Region Dresden besonders stark verbreitet sind. In Erfurt fand zwar Anfang 2015 eine Demonstration einer Gruppe statt, die sich „EnDgAmE“ (Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas) nannte, jedoch nahmen lediglich 120 AnhängerInnen teil. Dagegen ist die gefühlsmäßige Bindung an Russland und die Ablehnung des US-amerikanischen „Imperialismus“ im Raum Dresden historisch gewachsen und überaus stark. Wir haben diese Sympathie für das Putin-Regime und antiamerikanische Ressentiments, deren besondere Verbreitung im Raum Dresden zu einem starken Teil mit der propagandistischen Instrumentalisierung der alliierten Luftangriffe im Februar 1945 erklärt werden kann, auch als einen Bestandteil des rechtsextremen Denkmusters beschrieben, da die USA Pluralität, die *rule of law* und menschenrechtlich begründete humanitäre Interventionen repräsentieren, während Putins Russland für Autoritarismus und ethnischen Nationalismus steht. Die Frage, ob das besondere Misstrauen gegenüber „dem Westen“ in Sachsen sich auch aus einer Ablehnung des „westlichen Lebensmodells“ (Demokratie und Marktwirtschaft) speist, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Die Dominanz eher wirtschaftsliberaler Parteien wie der sächsischen Union oder der FDP stehen dieser Vermutung aber zumindest teilweise entgegen. Das Misstrauen gegenüber Westdeutschland hat, wie wir sahen, seinen Grund eher in der fraternalen Deprivation: in dem Gefühl, nach der Wende trotz der großen (insbesondere wirtschaftlichen) (Wieder-)Aufbauleistungen gedemütigt worden zu sein, auch weil etwa die historische Rolle Sachsens für die deutsche Wirtschaftsgeschichte nicht ausreichend gewürdigt werde bzw. in einem eklatanten Missverhältnis zur heutigen Stellung in der Bundesrepublik stehe.

10. Zum Zusammenhang von mangelnder praktischer (politischer) Bildung und rechtsextremen Geländegewinnen

In Sachsen ist zudem aus Sicht der interviewten ExpertInnen der Mangel an praktischer politischer Bildung eine wesentliche Ursache nicht nur für die Anfälligkeit vieler Menschen für fremdenfeindliche Einstellungen, sondern vor allem für die mangelnde Bereitschaft, gegen rechtsextreme Geländegewinne Widerstand zu leisten. Dabei handelt es sich (etwa im Vergleich zu den ethnonationalistischen Erblasten der DDR und dem Problemkomplex der fraternalen relativen Deprivation) um eines der wenigen Probleme, die (mit etwas politischem Willen) relativ leicht zu beheben wären. Allerdings hat die sächsische Staatsregierung erste Schritte unternommen, um Kontakte mit der praktischen Politik in das Schulfach Gemeinschaftskunde zu integrieren. Auch ist der Geschichtsunterricht in der gymnasialen Oberstufe mittlerweile wieder verpflichtend. Die Stärkung des historischen Bewusstseins der SchülerInnen jenseits der besonders hochgehängten sächsischen Geschichte wäre zukünftig gerade angesichts der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der Region Dresden ein wichtiges Ziel politischen Handelns.

In Erfurt wurden derartige Mängel in der politischen Bildung von unseren InterviewpartnerInnen nicht explizit benannt. Allerdings ist auch hier ein Vergleich problematisch, weil aufgrund der sehr schwierigen sozialen Situation auf dem Herrenberg das Thema Bildung ohnehin ein leidiges Thema darstellt. So wurde hier von unseren InterviewpartnerInnen beklagt, dass sich in der Nach-Wende-Zeit mit der Bewohnerschaft des Herrenbergs auch das Bildungsniveau geändert habe – und dies, laut Aussage der Interviewten, nicht unbedingt zum Vorteil des Stadtteils. Zu DDR-Zeiten wurden Plattenbauviertel wie der Herrenberg von Menschen aus unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus bewohnt, von Angehörigen der technischen Intelligenz, der Nomenklatura, aber auch von ArbeiterInnen. Nach 1989 aber blieben dort häufig nur jene zurück, die dies, oft aus ökonomischen Gründen, mussten. Die für eine kapitalistische Gesellschaft typische soziale Segregation führte dazu, dass sich der Herrenberg zu einem Viertel entwickelte, in dem Integrationsfiguren, soziale Vorbilder, ViertelgestalterInnen rar wurden. Für einen rechtsextremen Verein, der schulische „Nachhilfe“ anbietet, sind dies natürlich perfekte sozioökonomische Bedingungen. Zwar sind vor Ort soziale Einrichtungen und Freizeitangebote für Jugendliche vorhanden, jedoch spärlich gesät und finanziell mehr als unsicher. Verbesserungen in diesem Bereich – zu denken wäre etwa an die Einrichtung eines Krisenpräventionsprogramms in enger Abstimmung mit den auf dem Herrenberg gelegenen Schulen – könnten die Grundlage dafür bilden, dass die rechte Szene für benachteiligte Jugendliche an Attraktivität verliert.

IV) Handlungsempfehlungen und Anschlussperspektiven

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten bedarf es eines ganzen Bündels an Maßnahmen, um das Problemfeld zu bearbeiten. Deren Umsetzung dürfte im Einzelnen indes nicht ganz leicht sein, insbesondere dort,

> wo sie, wie in Sachsen und nochmals verstärkt mindestens in der untersuchten Metropolregion Dresden, auf eine grundlegende Auseinandersetzung mit historischer Erinnerung, politischer Auseinandersetzung und der Diagnose einer spezifisch ausgeprägten *sächsischen Demokratie* hinauslaufen muss oder
>
> wo sie, wie auf dem Herrenberg, mit einer rechtsextreme Szene umgehen muss, die bereits ein Maximum an Geländegewinnen erzielt hat oder
>
> wo sie auf ein Gefühl der relativen fraternalen Deprivation trifft, insbesondere auf historisch über viele Jahrzehnte tradierte gruppenbezogenen Deprivationsgefühle, die auf empirisch widerlegbaren Vorstellungen, auf der obsessiven Sorge beruhen, die „Fremden“ könnten besser wegkommen als „wir“ selbst.

Viele Menschen, die gerade von den letztgenannten Vorstellungen angetrieben werden, sind für etwaige politische Gegenmaßnahmen nur sehr bedingt, meist überhaupt nicht mehr erreichbar – daher ist es (anders als manche Ratgeber suggerieren) schwierig, an dieser Stelle sinnvolle, schnell wirksame Handlungsempfehlungen aufzulisten. Wir wollen, auf die Langfristigkeit und nochmals auf die schwierige Umsetzbarkeit hinweisend, es dennoch in einigen Punkten versuchen:

1. Sozialpolitik als Prävention

Gerade für ein bereits seit langer Zeit stigmatisiertes Viertel wie den Herrenberg wäre zunächst ein ganz klassischer Ansatzpunkt: eine Arbeitsmarkt-, Wohn- und Sozialpolitik, Quartiersentwicklung und auch und ganz zentral, Sozialarbeit vor Ort, die benachteiligten Jugendlichen und abgehängten Älteren eine Perspektive bietet – die sie aktiv befähigt, einen Platz in der Arbeitswelt oder Lebenswelt zu erlangen, der ihnen ein Gefühl der Anerkennung vermittelt. Das soll nicht heißen, dass Rechtsextremismus lediglich sozioökonomische Ursachen hat: In unserem Bericht sind wir auf eine Reihe politisch-kultureller Kontextfaktoren eingegangen, die eine solche Annahme widerlegen. Aber die Integration in ein intaktes Netz wechselseitiger Anerkennungsbeziehungen ist ein wirksamer Schutz gegen die Ausbildung fremdenfeindlicher Einstellungen.

2. Politische Konflikte zulassen, statt sie zu harmonisieren und zu entpolitisieren

Insbesondere in Sachsen, und zugespitzt in Freital, haben wir gesehen, wie sehr die Entpolitisierung des Politischen ein politisches Klima bereiten kann, in dem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weiter erstarken. Zu nennen wäre hier der häufig zu beobachtende Versuch der Harmonisierung von Erinnerung, der (patriotische) Appell an das sächsische Gemeinwesen bis hin zur Überhöhung *des Sächsischen* als Politikersatz. Ebenso problematisch erscheint der Fokus auf verwaltungs- statt politikorientiertes Handeln, die Verdrängung politischer Konflikte aus den Schulen, den Verwaltungen und dem öffentlichen Diskurs gesamt. Und nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang das Vermeiden klarer Worte gegenüber der rechten Bedrohung bis hin zur Stigmatisierung bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechts – bisweilen unter Verweis auf den zu wahrenden öffentlichen Frieden oder den möglichen lokalen / regionalen Imageschaden – zu nennen. Ohne den Handlungsempfehlungen am Ende des Berichts vorweggreifen zu wollen, wäre, etwa mit Blick nach Thüringen, wo die Landes- und in Teilen auch die Kommunalpolitik deutlich andere Akzente setzt, ein Umsteuern ebenso möglich wie notwendig. Eine offene Auseinandersetzung über die Diagnose „sächsische Demokratie“ und die problematische, weil politisch hochwirksame Engführung auf die Extremismustheorie und eine Regierungspartei, die Probleme nicht (mit Sachsenstolz) übertüncht, sondern sich ihrer annimmt, wäre ein erster Schritt. Eine Landes- und Kommunalpolitik, die sich nicht hinter Verwaltungshandeln und Harmoniesehnsucht versteckt, sondern Konflikte verbalisiert und die sich an die Spitze des Kampfes gegen rechts stellt, statt den Protest aus der Bürgerschaft zu kriminalisieren oder darüber zumindest offen streitet, wäre ein zweiter. Eine schulische und außerschulische politische Bildung, die sich neu der Vergangenheit annimmt und zugleich auch die Vorzüge bzw. Unvermeidbarkeit einer Politisierung von Konflikten vermittelt, die sich den Ambivalenzen der ostdeutschen und sächsischen Geschichte ebenso verpflichtet fühlt, wie den Erfolgsgeschichten von friedlicher Revolution und sächsischem Erfindergeist, wäre ein logischer, langfristiger, dritter Schritt.

3. Beteiligung ausbauen und Widersprüche aushalten

Eine weitere, sehr allgemeine, scheinbar banale Empfehlung haben wir in diesem Bericht schon mehrfach angedeutet: Bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Autoritarismus hilft nicht weniger, sondern mehr Raum für offene politische Auseinandersetzungen. Im empirischen Teil haben wir nicht nur den Ärger von BürgerInnen darüber, dass es zu wenige (bzw. überhaupt keine) plebiszitären Elemente im politischen System der Bundesrepublik gibt, sondern auch die Sorge von KommunalpolitikerInnen bezüglich einer von ihnen so wahrgenommenen Moralisierung der politischen Diskurse um Zuwanderung dokumentiert. Es ist somit festzuhalten, dass gerade in Ostdeutschland die große, durchaus authentische Sorge besteht, die Sensoren des politischen Systems seien für das, was der „gemeine Bürger“ denkt, nicht mehr hinreichend empfänglich. Im schlimmsten Fall geht dieser Eindruck in blanken Zynismus über, etwa in das auf Pegida-Demonstrationen vielfach vernommene Verdikt, in der DDR sei es auch nicht anders zugegangen. Wie gesagt: Wer so denkt, ist durch

Maßnahmen politischer Bildung oder die vielfach beschworene „Stärkung der Zivilgesellschaft“ – deren „dunkle Seite“ Pegida im Übrigen darstellt – wahrscheinlich nicht mehr zu erreichen. Dennoch kann der Eindruck, das parlamentarische System sei für die Sorgen und Nöte der BürgerInnen nicht mehr hinreichend empfänglich, nur durch ein Mehr an Beteiligung zerstreut werden, was gleichwohl ein schwieriges Unterfangen ist etwa in Vierteln wie dem Herrenberg, wo die Mehrheit der BewohnerInnen nicht einmal mehr wählen geht. Freilich: Angesichts der zunehmenden Verwilderung der Identitätskämpfe, zu deren Symptomen der Aufstieg des Rechtspopulismus zählt, mag gerade auf Seiten der politischen Eliten im Gegenteil das nachvollziehbare Bedürfnis bestehen, konflikthafte Themen wie die Einwanderungspolitik aus dem politischen Diskurs herauszuhalten und aus Furcht vor dem „Volkszorn“ die (oft in der Tat allzu idealisierenden) Vorstellungen von einer beteiligungszentrierten Demokratie vorerst aufzugeben und stattdessen auf sozialtechnologische Lösungen zu setzen. Ein solcher Weg wäre einer partizipativen politischen Kultur, die Parteien, PolitikerInnen, zivilgesellschaftliche AkteurInnen, aber auch die Bevölkerung in die Pflicht nimmt, allerdings verbaut.

4. (Ostdeutsche) Defizite offen und ehrlich benennen und sich an ostdeutschen Positivbeispielen orientieren

Am Beginn einer solchen partizipativen Kultur muss aber auch, und dies steht durchaus im Widerspruch zum gerade Gesagten, deutlich werden, *DASS, WOHLGEMERKT NICHT IN OSTDEUTSCHLAND IN TOTO, WOHL ABER IN GEWISSEN REGIONEN UND POLITISCH-KULTURELLEN UMFELDERN EINE HISTORISCH GEWACHSENE NEIGUNG ZU FREMDENFEINDLICHKEIT UND RECHTSEXTREMEN DENKEN VIRULENT IST, DIE IN DER POLITISCHEN DEBATTE NICHT EINFACH BEISEITE GEWISCHT WERDEN KANN, NUR WEIL DIE DIAGNOSE EINER OSTDEUTSCHEN SPEZIFITÄT EINE POLITISCH UNANGENEHME SCHWERE IN DIE ÖFFENTLICHE AUSEINANDERSETZUNG BRINGT.* Dass dies aber ein richtiger und wichtiger Weg sein kann, dies zeigen andere Städte und Regionen in Ostdeutschland – etwa Jena, Leipzig und in jüngeren Ansätzen auch die bezüglich Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vorbelastete Stadt Hoyerswerda. Jene Städte und Regionen sind in unterschiedlichen Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg scheinbar nicht nur bereit, ihr historisches Gedächtnis zu überprüfen und zu reformulieren sowie das spezifische Erbe von DDR und ostdeutscher Transformation anzunehmen. Sie zeigen damit auch einen Weg auf, wie mittels einer politisch gewollten und unterstützten Selbstbefragung und durch politisches Engagement ein Weg der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gewählt werden kann, an dessen Ende auch Erfolge im ostdeutschen Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit stehen dürften. Diese, gleichwohl viel zu wenig beachteten und noch weniger erforschten, ostdeutschen „Erfolgsgeschichten“ stärker zu betonen, statt einen als westdeutsch wahrgenommenen Zeigefinger walten zu lassen, kann womöglich auf lange Sicht dazu führen, dass nicht nur „die Sachsen“, um das geflügelte Wort Kurt Biedenkopfs zu nutzen, stärker als bisher „immunisiert“ werden gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

5. Eine neue Auseinandersetzung mit der DDR wagen

Im Anschluss daran wird es dringend nötig sein, eine neue, offene Auseinandersetzung über das zu führen, was die DDR als Erbe für Ostdeutschland bedeutet. Wie in der Bundesrepublik die in den sechziger Jahren beginnende, heftige, schmerzhafte – auch mal in der Wahl der Mittel oder der in den siebziger Jahren folgenden Radikalisierung über das Ziel hinaus schießende – Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erst zur *inneren Gründung* der Bundesrepublik geführt haben mag, so wird Aufarbeitungsarbeit künftig noch viel stärker als bisher die Alltagsgeschichte jenseits von Diktatur und Opposition danach fragen müssen, welche, auch problematischen, Alltagsspuren die DDR in der ostdeutschen Mentalitätsgeschichte hinterlassen hat und wie man sich in Ostdeutschland jenseits von Romantisierung oder Verdammung dazu verhalten kann und muss. Abwertung von Abweichung, Misstrauen und Neid gegenüber dem Fremden, Überbetonung des Ethnischen, (enttäuschte) Konsumversprechen als Demokratiesubstitut, es gibt viele Punkte, die wir in der Studie genannt haben, die aufgrund einer Verkürzung auf den Erklärungsansatz, autoritäres Denken fuße auf autoritärer Erziehung oder einer Romantisierung der DDR, dem kritischen Diskurs enthoben sind. Man wird aber der spezifisch ostdeutschen Schlagseite bei Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nur ernsthaft begegnen können, wenn man bereit ist, deren Wurzeln schon in den Jahren vor der Transformation ernstzunehmen und – zugespitzt - nicht immer nur als Produkt einer schwierigen Transformation sozioökonomisch zu entschuldigen – denn letztlich spielt beides eine Rolle.

6. Über die Transformation sprechen

Gleiches gilt für die vergangenen fast drei Dekaden an Transformationserfahrung, die wirtschaftlich, sozial, politisch, persönlich, usw. viele Lebenswelten umgekrempelt haben, die Wendegewinner, wie Wendeverlierer produziert haben, die Zurücksetzungen produziert haben, die viel mit dem westdeutschen (blockierten) Elitentransfer verbunden sind. Gefragt werden sollte und müsste zugleich aber auch nach dem ostdeutschen Anteil an den überbordenden Hoffnungen in die Effekte der Transformation und den damit verbundenen falschen Versprechen. Schließlich, hierauf haben wir hingewiesen, waren die Ostdeutschen 1990 mindestens so bereitwillig dabei, das alte System in eine Leistungsgesellschaft zu verwandeln, wie die Westdeutschen, schließlich haben die Ostdeutschen selbst jahrelang keine Ostprodukte gekauft und so der eigenen Wirtschaft den Todesstoß mitversetzt, schließlich haben etwa die Sachsen bis heute durchweg wirtschaftsliberale Parteien an die Regierung gewählt. Ein offener und ehrlicher, kritischer wie selbstkritischer Dialog über das Erleben der Transformation wäre ein guter Anfang, um den Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu Grunde liegenden relativen fraternalen Deprivationserfahrungen Einhalt zu gebieten. In Anschluss daran nicht minder wichtig ist auch ein Gespräch mit der nachwachsenden Generation, jenen Kindern der vereinten Republik inmitten Europas über ihre Sicht auf die DDR und die Transformation, auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – dies vor dem Hintergrund, dass die junge Generation Ost deutlich immuner sein könnte gegen die rechte Erzählung der Eltern- und Großeltern-Generation.

7. Westdeutsche Belehrungen unterlassen und die Rolle altbundesrepublikanischer Rechtsextremer im Osten untersuchen

Zeigefinger-Lösungsvorschläge aus dem vermeintlich weltoffeneren Westen der Republik sollten angesichts der ostdeutschen Problemstellung bezüglich Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unterbleiben – sie dürften Stigmatisierungen nach sich ziehen, die auf anderen Negativerfahrungen mit *dem Westen* aufbauen. Überdies ist die doppelte Diktaturerfahrung der Ostdeutschen, insbesondere die fehlende kollektive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jenseits der formelhaften, staatliche normierten Erzählung, nur schwerlich in ein von Missverständnissen freies, vernünftiges Verhältnis zur westdeutschen Vergangenheitsbewältigung zu setzen.

Des Weiteren würde übersehen, dass insbesondere in jenen Städten, Regionen, Quartieren der alten Bundesrepublik, in denen ähnliche Deprivationserfahrungen grassieren, der Rechtsextremismus ebenfalls gedeiht und dass auch dort die Kommunalpolitik oder der Lokalsport die Imagepflege bisweilen über die offene Konfrontation stellen. Schließlich würden, auch hier gehört noch einiges genauer erforscht, den westdeutschen Rechtsextremismus-Export nach Ostdeutschland seit 1989 – viele Kontakte und Unterstützungen bestanden schon einige Jahre davor – als Ursache für das Erstarken der rechten Szene im Osten aus dem Blick genommen. Immobilienankäufe, Aufbauhilfen, Kaderschulungen, Geldflüsse, PolitikerInnenexport, Wahlkampfhilfen, Ideologietransfer, neu-rechte Bildungseinrichtungen und deren führende Köpfe – der Anteil der alten Bundesrepublik an der Schlagkraft der ostdeutschen Szene ist kaum hoch genug einzuschätzen. Gleiches gilt, im Anschluss an das zuvor Gesagte, für die wiederaufgeflammte Debatte über die Art und Weise der deutschen Vergangenheitsbewältigung, die in wesentlichen Teilen wiederum einem westdeutschen Politik(er)export in den Osten Deutschland zu „verdanken“ ist.

8. Ostdeutsche Positivbeispiele ergebnisoffen erforschen

Es ist bereits vielfach angedeutet worden: Die Problemstellung *Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe* mag ausweislich der untersuchten besonders belasteten Regionen und auch darüber hinaus eine gewisse ostdeutsche Schlagseite haben.

Die Lösung des Problems haben, das zeigen andere ostdeutsche Regionen und Städte, die ostdeutschen Regionen, die ostdeutschen Kommunen, die ostdeutsche Politik, der ostdeutsche Bürger aber auch selbst in der Hand. Wie aber erklären sich diese sehr augenfälligen Unterschiede in räumlich und politisch recht nahen Regionen? Und was kann (lokale) Politik, Zivilgesellschaft, politische Bildung zu diesen offensichtlichen Differenzen im Umgang mit den Herausforderungen der so genannten *Flüchtlingskrise* beitragen, wie bestimmte Verhaltensmuster fördern, was auch ihrerseits aus konkreten Musterbeispielen lernen?

Im Anschluss an die hier vorgelegten zentralen Ergebnisse und Handlungsempfehlungen, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus,

Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“ gewonnen werden konnten, ergeben sich für die vorliegende Frage interessante und praktikable Anknüpfungspunkte, die den notwendigen Forschungsprozess strukturieren könnten:

> Erstens der Umgang mit der, vor allem lokalen, Erinnerungskultur. Die Schaffung lokaler Erinnerung, die Auseinandersetzung mit der Frage, ob man ein „Täterort“ sei, der Entzug historischer Kulisse für rechte Aufmärsche: in der lokalen Erinnerungskultur steckt ein erster entscheidender, näher zu untersuchender und präziser zu bestimmender Unterschied im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland im regionalen Kontext;
>
> zweitens die Reaktion der lokalen Politik auf rechte Aufmärsche und Übergriffe. Nicht zuletzt der Blick in andere ostdeutsche Kommunen zeigt, dass die Haltung der lokalen politischen Elite, bei allen Klagen über den Rückgang politischer Durchdringung gesellschaftlicher Debatten und über den Bedeutungsverlust von Parteien und PolitikerInnen, eine entscheidende Rolle bezüglich des öffentlichen Umgangs mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Manifestationen spielt;
>
> und nicht zuletzt, drittens, die Frage nach der Bedeutung der lokalen Zivilgesellschaft – hier nicht beschränkt auf Kirchen, Gewerkschaften und Parteien, sondern ganz bewusst mit Blick auf sämtliche Gegenkräfte bis hin zur *linken Militanz*.[4] Dafür, dass es durch entschlossenes gemeinsames zivilgesellschaftliches Handeln, auch durch gesteuerte kulturelle Belebung von problematischen Vierteln, möglich scheint, rechtsextreme Geländegewinne zu revidieren, gibt es zu erforschende Beispiele. Ebenso für den Zusammenhang linker Militanz und das Zurückdrängen rechter Manifestationen, wenngleich auch hier Berührungsängste und konkrete Konflikte zu beobachten sind und linke Militanz selbst häufig am und auch über dem Rand dessen agiert, was noch durch den Begriff der streitbaren, wehrhaften Demokratie gedeckt sein mag. Wie sich aber der Zusammenhang zwischen linker Militanz und der Immunität gegen rechte Aufmärsche/Übergriffe genau darstellt, ist weitgehend unbekannt und unerforscht.

KURZ, DAS HIER UMFÄNGLICH BESCHRIEBENE PROBLEM VON RECHTSEXTREMISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND FREMDENFEINDLICH MOTIVIERTEN ÜBERGRIFFEN MAG EIN STÄRKER OSTDEUTSCHES SEIN, DIE LÖSUNG ABER LIEGT VOR ORT.

[4] Offensichtlich ist bisher, dass in den letzten Jahren die linke (Gegen-)Gewalt, nicht zuletzt in der direkten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als Konfrontationsgewalt, daneben ebenfalls gegen Repräsentanten von Institutionen des Staates, signifikant zugenommen hat. Es fehlen aber darüber hinaus weitgehend valide und gezielte Erhebungen über den Zusammenhang zwischen linker Militanz, gespeist etwa aus dem Spektrum der (post-)autonomen Linken, und einer stärkeren Immunität gegen rechte Aufmärsche, Übergriffe oder Netzwerke in lokalen Kontexten.